

Rezension

M. Schuhen, M. Wohlgemuth, C. Müller (Hg.): Ökonomische Bildung und Wirtschaftsordnung – Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft

Lothar Funk *

** Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Fachhochschule Düsseldorf*

In Deutschland wurden zwar wichtige Reformen am Arbeitsmarkt, in den Sozialsystemen und bei der Bildung im letzten Jahrzehnt vorgenommen und allzu pauschale Urteile über Unzulänglichkeiten der deutschen Wirtschaftspolitik erscheinen verfehlt (vgl. Funk 2013). Richtig ist aber auch, dass ein Verharren auf dem Status quo ebenfalls völlig unangemessen ist. Denn die deutsche Wirtschaft ist keineswegs unverwundbar und noch keineswegs in perfekter Verfassung. Dies zeigen bereits die noch ungelösten Probleme aufgrund der Krise im Euroraum oder die zu bewältigenden demografischen Herausforderungen und damit verbundene Anpassungslasten. Bis zum Ende der 2013 beginnenden Legislaturperiode erwartet etwa der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln ein niedriges Potenzialwachstum von nur einem Prozent (vgl. Hüther 2013). Derartige Informatio-

nen haben in der Bevölkerung bisher allenfalls ein diffuses Angstgefühl ausgelöst, das gepaart ist mit der falschen Annahme, „Deutschland sei ökonomisch unverwundbar geworden und befände sich beinahe schon in einer perfekten Verfassung“ (Heinemann u. a. 2012, 78).

Eine solche Fehlwahrnehmung verbunden mit steigendem Angstgefühl besonders wegen der Krise im Euroraum beruht wesentlich auf dem mangelnden Wissen und zu geringen Analysefähigkeiten vieler Bürgerinnen und Bürger bei ökonomischen Sachverhalten. Denn trotz des Aufstiegs Deutschlands in jüngsten Länderrankings zur Wettbewerbsfähigkeit gilt weiterhin: „Die deutsche Bevölkerung nimmt bei der ökonomischen Bildung im internationalen Vergleich nur mittlere Rangplätze ein.“ (Heinemann u. a. 2012, 78) Geringe ökonomische Bildung ist

einerseits einer der wesentlichen Gründe, warum es sachgerechte ökonomische Reformen in Deutschland trotz der bis vor wenigen Jahren dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit bei sinkendem Trendwachstum oft schwer hatten und immer noch haben. Andererseits scheint der Reformelan in guten oder vermeintlich guten Zeiten erst recht niedrig zu sein, solange die Fähigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung gering ist, künftige ökonomische Herausforderungen und deren Folgen bei fehlenden ökonomischen Reformen eigenständig abzuschätzen.

Ob die Politik selbst (oder auch Verbände und Medien) immer ein Eigeninteresse an sachgerechter ökonomischer Aufklärung haben, ist fraglich, da bei ihnen nicht selten eigene Sonderinteressen im Vordergrund stehen (vgl. etwa Leschke 2011, 135ff.). Angesichts komplexer Sachverhalte sowie bei rational uninformierten Bürgerinnen und Bürgern ist es daher leicht nachvollziehbar, wenn sich in Umfragen häufig mehrheitlich für vermeintliche Problemlösungen ausgesprochen wird, die bei Berücksichtigung ihrer Folgewirkungen nicht ökonomisch angemessen sind. Solange wie unter den bisherigen Bedingungen die Kosten für die Wählerinnen und Wähler hoch sind, sich selbst ein adäquates Bild über künftige Herausforderungen

und Probleme sowie mögliche Abhilfen hierfür zu machen, so lange könnten genügend wirksame, frühzeitige Reformen ausbleiben, um die künftigen Probleme abzufedern. Die ungelösten Probleme treten dann in der Folge oft plötzlich und unerwartet auf und müssen später konzentriert, mit weniger Freiheitsgraden und mit häufig größeren individuellen Kosten der Anpassung gelöst werden. Der Ausweg hieraus ist offensichtlich: bessere ökonomische Bildung, die die Mündigkeit der Individuen auch in zentralen Wirtschaftsbereichen ermöglicht. Höhere ökonomische Bildung dürfte nicht nur zu tendenziell besseren Wahlentscheidungen und folglich auch ökonomisch rationaler agierenden Regierungen führen, worauf bereits elementare Einführungslernbücher der Volkswirtschaftslehre verweisen (vgl. z. B. Mankiw 2012, 250-251), sondern auch zu individuell klügerem Verhalten etwa bei Verbraucherentscheidungen.

Daher ist der Ausgangspunkt des hier vorgestellten Buches, das Michael Schuhen (Zentrum für ökonomische Bildung an der Universität Siegen), Michael Wohlgemuth (bei Buchveröffentlichung Universität Bayreuth, heute Universität Witten/Herdecke) und Christian Müller (Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung an der Universität Münster) heraus-

gegeben haben, auf der einen Seite das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. (West-) Deutschland verdanke ihm nicht nur das Wirtschaftswunder nach 1945, sondern auch viele Jahrzehnte Stabilität und Wohlstand, so die Herausgeber. Allerdings: „Zugleich geraten die grundlegenden Ordnungsprinzipien, welche die Soziale Marktwirtschaft im ursprünglichen Konzept ihrer ordoliberalen Vorreiter (Walter Eucken, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack etc.) ausmachen, in Bildung, Politik und Öffentlichkeit immer mehr in Vergessenheit.“ Tatsächlich erstaunt, welchen geringen Stellenwert das Thema Soziale Marktwirtschaft etwa in vielen einführenden Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre an Hochschulen heute hat. Teilweise dürfte dies auch zurückzuführen sein auf die steigende Bedeutung von weltweit verwendeten, relativ stark standardisierten, aber qualitativ hochwertigen Einführungslehrbüchern auch in der Volkswirtschaftslehre (vgl. dazu Funk/Pagel 2012, 228-229). Sie gehen auf spezifische Aspekte des Modells und der Realität der Sozialen Marktwirtschaft meist nur am Rande ein. So werden etwa Begriffe wie „Soziale Marktwirtschaft“ oder „Ordnungspolitik“ im Stichwortregister selbst in dem in Deutschland weit verbreiteten und ansonsten sehr gelungenen Lehrbuch von

Mankiw/Taylor (vgl. Funk 2013b) nicht aufgeführt. Dabei handelt es sich hierbei schon um die Übersetzung der auf europäische Verhältnisse angepassten (und um deutsche institutionelle Besonderheiten erweiterten) Fassung des US-Werks. Allerdings hat sich eine feststellbare Marginalisierung ordnungspolitischer Fragestellungen in einführenden volkswirtschaftlichen Werken auch am deutschen Lehrbuchmarkt in den letzten Jahren wieder etwas verringert, da zumindest ein Teil der Verfasserinnen und Verfasser nun stärker auch ordnungspolitische Grundlagen integriert (vgl. dazu insbesondere die einführenden Werke von Grossekketter u. a. 2008, Kolb 2012 und Piekenbrock 2008). Dies ist deshalb bedeutsam, da ja die Masse der wirtschaftswissenschaftlichen Studierenden an Hochschulen und Akademien, die angehenden Betriebswirte in grundständigen Studiengängen, das „Einmaleins der Volkswirtschaftslehre“ nicht selten vornehmlich mithilfe solcher Werke erlernen.

Diese klaffende und sich – ohne angemessene Änderungen – möglicherweise weiter öffnende Lücke lässt sich nach Ansicht der Herausgeber und der Autorinnen und Autoren des hier vorgestellten Bandes in erster Linie schließen, indem der ökonomischen Bildung generell und der

Wissensvermittlung über Konzeption und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft im Besonderen ein deutlich höherer Stellenwert als bisher eingeräumt wird. Der Grund ist offensichtlich, wie das Vorwort der Herausgeber verdeutlicht: „Die Funktionsfähigkeit der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft setzt ein hohes Maß an ökonomischer Mündigkeit der Wirtschaftsbürgerinnen und -bürger voraus, überlässt sie doch den Bürgern so viel Eigenverantwortung wie möglich.“ (S. VII) Da hier wirtschaftliche Kompetenzen als „originärer Bestandteil der Allgemeinbildung“ (ebenda) aufgefasst werden, ist es demnach bereits Aufgabe der Schulen, fundierte ökonomische Kernkompetenzen zu vermitteln, auf das weiterführende Schulen und die Hochschulen dann aufbauen können.

Dass dieses Ideal jedoch bisher keineswegs durchweg in Deutschland erfüllt ist, zeigen verschiedene Kapitel des in vier unterschiedliche Themenblöcke geteilten Bandes mit 21 Beiträgen von 26 Autorinnen und Autoren. Sie alle waren oder sind Schülerinnen und Schüler bzw. Kolleginnen und Kollegen von Professor Dr. *Hans Jürgen Schlösser*, Leiter des Zentrums für ökonomische Bildung an der Universität Siegen. Ihm ist dieser sehr informative Band zu seinem 60. Geburtstag gewidmet.

Bestehende Mängel in der ökonomischen Bildung in Deutschland werden an verschiedenen Stellen erörtert. Sie werden jedoch vor allem im vierten Teil des Bandes unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft unterrichten“ (S. 165-296) besonders deutlich. Mit diesem Teil soll deshalb hier begonnen werden. Die ersten rund 120 Seiten des Buches beschäftigen sich dagegen mit Grundfragen, die die Konzeption Sozialer Marktwirtschaft aufwirft (Teil I mit 4 Aufsätzen, S. 3-46), und untersuchen, welchen Beitrag Bildung prinzipiell leisten kann, um die Funktionsfähigkeit dieser Wirtschaftsordnung zu verbessern (Teil II mit 6 Aufsätzen, S. 47-122). Der dritte Teil des Buches – Ökonomische Bildung und Empirie (S. 123-164) – mit drei Beiträgen ist eng mit der Frage der Ausrichtung des Unterrichtens von Sozialer Marktwirtschaft verbunden und wird daher hier im Anschluss an Teil IV besprochen. Wegen inhaltlicher Gemeinsamkeiten wird zudem ein Beitrag aus Teil II bereits gleich teilweise vorgestellt.

Pointiert formuliert *Jonathan Grunewald* von der Konrad-Adenauer-Stiftung in seinem Beitrag zur ordnungspolitischen Bildung als Bestandteil der außerschulischen Erwachsenenbildung den von vielen im Buch vertretenen Autorinnen und Autoren

wohl ebenfalls geteilten Befund, wonach „die ordnungspolitische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur an Schulen und Universitäten, sondern auch an außerökonomischen Bildungsorten zu kurz“ (S. 266) komme. Eine Untersuchung der Bedingungen des eigenständigen Faches VWL am Weiterbildungskolleg im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen von *Thomas Retzmann* (Universität Duisburg-Essen) verdeutlicht, dass selbst dies keineswegs zum Erfolg führen muss: „Es gibt keine auf die fachlichen und didaktischen Anforderungen abgestimmten Studiengänge, in denen angehende Lehrkräfte fachwissenschaftlich und fachdidaktisch adäquat auf den VWL-Unterricht am Weiterbildungskolleg vorbereitet werden. (...) Der VWL-Unterricht wird weitgehend fachfremd erteilt, und das Angebot des Faches an den Schulen des Landes ist eher rückläufig. (...) Die Existenz eines eigenständigen Faches für die ökonomische Bildung garantiert also nicht zwingend, dass für diese Bildungsdomäne eine fachdidaktische Infrastruktur aus einschlägiger Lehrerbildung, aktuellen Curricula und darauf abgestimmten Schulbüchern bereitgestellt wird – nicht einmal dann, wenn es als Leistungskurs angeboten und im Zentralabitur geprüft wird.“ (S. 249)

Die anderen sechs Beiträge in der zweiten Buchhälfte beschäftigen sich mit didaktischen Gestaltungsfragen des Unterrichts über die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei gehen die Autoren nicht nur auf einzelne lerntheoretische Zusammenhänge ein (vgl. S. 189ff.), sondern betonen die Notwendigkeit verschiedener Perspektiven der Darstellung (etwa handlungslogische versus situationslogische Argumentationsweise und deren Verknüpfung auf S. 185, ordnungsökonomische versus heterodoxe Ansätze (vgl. S. 292) und beleuchten Vor- und Nachteile unterschiedlicher medialer Vermittlungsformen (z. B. Online-basierte Bildungsangebote und Lernpfade, virtuelle Seminare, Präsenzveranstaltungen, etwa S. 272-275).

Ausgangspunkt ist bei vielen Beteiligten des Buches der Befund, dass trotz aller Vermittlungsbemühungen in der ökonomischen Bildung insbesondere auch von Hans Jürgen Schlösser wesentliche Elemente der Wirtschaftsordnung bei vielen Erwachsenen in Deutschland unbekannt seien. So stellt Hans Kaminski (Emeritus der Universität Oldenburg) fest: „Es ist immer wieder erstaunlich, wie wenig die zentralen Ordnungsformen und Ordnungselemente einer Wirtschaftsordnung bei der Bevölkerung bekannt sind.“

(S. 184) Michael Weyland (Universität Siegen) konstatiert sogar eine „Vermittlungskrise“ der Sozialen Marktwirtschaft. Er vermutet – gestützt auf einfache empirische Korrelationen – hinter den in jüngerer Zeit feststellbaren schwachen Zustimmungswerten zur Sozialen Marktwirtschaft „gar keine Sinnkrise, sondern eine Unzufriedenheit mit einer Wirtschaftsordnung, die von vielen Bürgern nicht wirklich verstanden wird“ (S. 168). Die Hauptursachen hierfür sieht er in einer mangelhaften Vermittlung des erforderlichen Wissens in Schulbüchern zum Thema Marktwirtschaft. Dies verdeutlicht er anhand der Ergebnisse verschiedener Studien der jüngeren Zeit hierzu. Wesentliches Ergebnis: In der Sekundarstufe I werde in der Regel kein vollständiges und ausgewogenes Bild der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft vermittelt. Ähnlich argumentieren auch Michael Hofmann, Michael Schuhen und Susanne Schürkmann (alle Universität Siegen). Sie untersuchen ebenfalls kritisch die Darstellung des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft in deutschen Schulbüchern und stellen ebenso eine gewaltige „Schiefelage“ besonders in den Werken für die Sekundarstufe I fest. Auf inhaltliche Einzelheiten wird später noch näher eingegangen, da der Beitrag dem Themenblock II zugeordnet ist. Beide Buchkapitel zu Schulbuchuntersuchungen

stimmen jedoch darin überein, dass die aktivierenden Lernanteile deutlich zu gering seien (zu viel Abfragung trüben Wissens in Aufgaben). Um die didaktischen Probleme zu reduzieren, schlägt das an dieser Stelle im Vordergrund stehende Kapitel von Weyland vor, Theorie- und Erfahrungswissen stärker im Unterricht zu verzahnen, simulativ-entscheidungstheoretische Methoden zu forcieren sowie Kontrollaufgaben mit Transfercharakter, über die sich eher als durch das Abfragen von Wissen Kompetenzen vermitteln ließen, mehr in den Vordergrund zu stellen.

Hans Kaminski setzt bei seinen Vorschlägen vorrangig bei der Verbesserung von Schülermaterialien an, die nach gelungener gedanklicher Durchdringung durch die Dozierenden, ein vertieftes Verständnis der wesentlichen Ordnungsformen und Ordnungselemente der Wirtschaftsordnung ermöglichen sollen. Eine besondere Rolle kommt dabei aus seiner Sicht Strukturgrafiken (anschauliche und gut einprägsame grafische Darstellungen wichtiger Zusammenhänge) zu, mit denen unter anderem die kumulative Dimension der Wissensvermittlung im Unterricht besonders einprägsam vermittelbar ist und die sich auch „als abschließendes Übungsinstrument für ein Themenfeld“ gut eignen.

Der Beitrag von *Marco Rehm* (Universität Siegen) beleuchtet ausführlich die mögliche Rolle von Planspielen zur didaktischen Vermittlung des Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft. Hintergrund ist die von Christian Watrin bereits 1981 geäußerte Diagnose, „dass die Soziale Marktwirtschaft mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen hat, da es an der Erfahrbarkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und ihren Regeln mangle“ (Rehm, S. 213). Hier könnten insbesondere Planspiele, in denen eine fiktive Ausgangslage zielgerichtet von den Teilnehmern mit zuvor zugewiesenen definierten Rollen und vorgegebenen Handlungsspielräumen verändert werden soll, ein wertvolles didaktisches Instrument sein. Bei Interaktivität der Planspiele ließen sich auch die zeitlichen Abläufe hintereinander oder simultan erfolgreicher Entscheidungen entsprechend berücksichtigen, so Rehm. Computer würden heute eine einfache Handhabung (Archivierung der Entscheidungen, Ergebniskalkulation, grafische Darstellungen etc.) ermöglichen, während Dozierende als Planspielleiterinnen oder -leiter für Fragen zur Verfügung stehen könnten, die Einhaltung der Rollen überwachen sowie zur Gesamtreflexion des Spiels beitragen sollten (Lernen aus Fehlern in der Akteursrolle, theoretische Einordnung des Spiels, Diskussion der Frage der Über-

tragbarkeit des simulierten Planspiels auf die Realität, Vergleich mit Fallstudien aus der Realität etc.). Aus Sicht von Rehm beeinflusst das Agieren in Planspielen das Verantwortungsbewusstsein positiv, da der Zusammenhang zwischen dem Fällen von (möglichen Fehl-)Entscheidungen und den sich daraus ergebenden Folgen (Haftung oder Gewinn) für das entscheidende Individuum oder die entscheidende Gruppe offensichtlich sei. Dabei könne die Entscheidungsfindung in Gruppen zusätzliche Lerneffekte zur Folge haben. Planspiele bilden demnach einen wichtigen Experimentierraum, unter anderem um für die erfolgreiche Teilhabe an der Sozialen Marktwirtschaft wichtiges Fakten- und Zusammenhangswissen sowie Handlungskompetenzen zu erwerben und zu üben.

Dirk Loerwald (Universität Oldenburg) fragt, wie sich die „unsichtbare Hand (be-)greifbar machen“ lassen. Worin liegen aus seiner Sicht Potenziale und Grenzen experimenteller und praxisorientierter Zugänge zum Themenfeld Marktwirtschaft? Er plädiert zwar eindeutig für erfahrungsorientierte Lehr-Lern-Arrangements, die ein Lernen durch individuelle Erfahrung erlauben, weil sie sich aus lerntheoretischer Perspektive als Erfolg versprechend erwiesen haben. Gleichzeitig stellt er besonders in Bezug auf ökonomische

Kontexte fest: „Bildung erschließt sich aber erst aus dem komplementären Wechselspiel von Erkenntnis und Erfahrung (...), weil hier der Schluss vom ökonomischen Einzelfall auf Verallgemeinerungsfähiges über Wirtschaft nicht immer ohne Weiteres möglich ist“ (S. 226). Zwar weist Loerwald ausführlich und mit sehr guten Beispielen auf die möglichen didaktischen Vorteile erfahrungsorientierter Lehr-Lern-Arrangements etwa über Experimente (vor deren möglichen Fallstricken er jedoch auch warnt) oder Praxiskontakten (etwa durch Besuch einer Verbraucherzentrale) hin. Allein dies würde jedoch nicht ausreichen, um eine fachlich fundierte ökonomische Kompetenz herzustellen. Denn die Einzelfallproblematik erfahrungsorientierten Lernens könne in die Irre führen, wenn eine Verallgemeinerung von Einzelfallbeobachtungen zu Trugschlüssen beiträgt.

Günther Seeber von der Universität Koblenz-Landau geht auf die immer wieder diskutierte Problematik einer zu geringen finanziellen Kompetenz ein, die als eine notwendige Grundbildung eigentlich für alle anzusehen sei. Er arbeitet die wichtige Rolle finanzieller Bildung als Antwort auf die Herausforderungen einer sich ständig ändernden Umwelt der Wirtschaftsakteure heraus. Aus Seebers Sicht

ist der Bedarf an finanzieller Allgemeinbildung in allen Marktwirtschaften und speziell in Deutschland aufgrund einer größeren Freiheit bei Entscheidungen als früher heute noch stärker als bis vor wenigen Jahren unabweisbar. Der Autor untersucht, inwieweit den zukünftigen Herausforderungen Deutschlands eher mit institutionellen Änderungen, etwa starken Regulierungen von Finanzmärkten (mit möglichen Effizienz- und Wachstumsverlusten einer Überregulierung), oder über höhere Bildungsanstrengungen des Einzelnen zu begegnen ist. Finanzielle Allgemeinbildung ist demnach zumindest ein partielles Substitut für mehr Verbraucherschutz bzw. Regulierung, da sie als Ziel die Schaffung eines mündigen bzw. eines mündigeren Verbrauchers hat. Die generell anzustrebende erforderliche Urteilskompetenz umfasst hiernach jedoch „nicht nur die Fähigkeit, Alternativen individueller Entscheidungen zu bewerten, sondern auch jene, politische Setzungen zu bewerten und sich ein Urteil zu möglichen oder notwendigen institutionellen Änderungen zu bilden, im besten Fall an den Veränderungen mitzuwirken“ (S. 262).

Nils Goldschmidt (Universität Siegen) entwickelt „Vorüberlegungen zu einer ordnungsökonomisch inspirierten kategorialen Wirtschaftsdidaktik“. Dazu stellt er

zunächst die Grundannahmen kategorialer Wirtschaftsdidaktik vor, die die Fülle des Konkreten auf Kategorien zurückführt, um den Lernenden eine leichtere aktive Aneignung komplexer ökonomischer Zusammenhänge zu ermöglichen. Im Anschluss will Goldschmidt diese Herangehensweise optimieren, indem er – nach einer kurzen Vorstellung des ordoliberalen Erkenntnisprogramms – den kategorialen Ansatz ordnungsökonomisch untermauert. Er sieht beide ursprüngliche Herangehensweisen als komplementär zueinander und betont, „dass ökonomische Bildung unterschiedliche Zugangsweisen braucht und dass es vor allem auch darum gehen muss, ein Bewusstsein für die unterschiedlichen Zugangsweisen zu schaffen. (...) Die Einsicht, dass die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Phänomenen gerade nicht mit einem abgeschlossenen Kategorienkanon erschöpfend erfasst werden kann, sondern dass es unterschiedliche heterodoxe Zugangsweisen geben soll (...), sollte zum erkenntnistheoretischen Anker in der wirtschaftsdidaktischen Ausbildung und auch in der Vermittlung ökonomischer Bildung, zumindest in der Sekundärstufe II, werden“ (S. 288). Als ausbaufähiges Forschungsprogramm plädiert der Verfasser für eine systematische Verbindung von institutionenökonomischer Bildung basierend auf der

Vermittlung von gesellschaftlichen Spielregeln und kategorialer Wirtschaftsdidaktik und wendet sich gegen die um sich greifende Blindheit gegenüber erforderlichen erkenntnistheoretischen Diskursen.

Zentraler Befund dieser zweiten Hälfte der Festschrift ist zum einen, dass die institutionelle Umsetzung ökonomischer Bildung noch in einigen Bereichen deutliche Defizite hat. Gerade aber das Aufzeigen der noch vorhandenen Probleme kann dazu beitragen, diese Defizite auch durch angemessene Reformen zu beseitigen. Darüber hinaus zeigen die Aufsätze dieses Teils ebenfalls, wie die Qualität des Unterrichts (und teilweise analog auch der Lehre in einführenden Lehrveranstaltungen zur Volkswirtschaftslehre oder Wirtschaftspolitik an Hochschulen oder Akademien) durch den Einsatz geeigneter Lehr- und Lernmethoden verbessert werden kann.

Wie angekündigt, wird nun zunächst der dritte Teil des Buches zu ökonomischer Bildung und Empirie kurz vorgestellt, da er eng mit der Frage der Ausrichtung des Unterrichtens von Sozialer Marktwirtschaft verbunden ist. In einem Empirie-Kapitel fragen *Astrid Lange* und *Ahanassios Pitsoulis* (beide Technische Universität Cottbus), wie Wirtschaftsunterricht sich so

gestalten lässt, das Lernende möglichst umfassend politisch-ökonomische Entscheidungen herausbilden können. Pitsoulis und Lange referieren kurz den mit quasi-experimentellen Untersuchungen ermittelten Befund eines positiven Zusammenhangs zwischen der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft und der Variable „ökonomisches Wissen“, der häufig bei der Forderung nach Einführung eines Pflichtschulfaches „Wirtschaft“ angeführt wird. Sie mahnen allerdings: „Solche und ähnliche Praxisempfehlungen erscheinen intuitiv nachvollziehbar, bedürfen aber einer ausreichenden theoretischen und empirischen Unterfütterung durch zielgerichtete Erforschung der Einstellungswirkungen von Unterricht“ (S. 159). Im Anschluss stellen sie die Ergebnisse von zwei Studien an der Brandenburgischen TU Cottbus von 2009 und 2011 vor und finden dort als einen zentralen Punkt im universitären Kontext „eine erstaunlich hohe Bandbreite an Einflussfaktoren auf die Einstellungsbildung“ (S. 158). Daher sei es für die Gestaltung von Lehre und Unterricht besonders wichtig, dass „Lernende ihre Einstellungen in einem Kontext vieler miteinander interagierender Quellen bilden“ (S. 162) können, sodass neben dem traditionellen Unterricht auch besonderen Lehrformen wie Experimenten oder Planspielen genügend Raum zu geben

sei.

Ein weiteres Kapitel im Empirie-Teil untersucht den Wandel von Fairness-einstellungen durch ökonomische Bildung. *Christian Müller, René Ruske* und *Johannes Suttner* (alle Universität Münster) fanden anhand von Befragungen zu Beginn und zum Ende des Wintersemesters 2011/2012 von mehr als 600 Studierenden verschiedener Fächer statistisch gesichert heraus, dass das Gerechtigkeitsempfinden vor und nach „Indoktrination“ aufgrund der Vermittlung vereinfachender ökonomischer Modelle mit Nutzen- und Gewinnmaximierungsannahme in der Lehre nicht auffällig variiert. „Trotz intensiver Beschäftigung mit der Rational-Choice-Theorie im Verlauf des ersten Semesters veränderten sich die Fairness-Einstellungen der betroffenen Studierenden kaum. Wenn Ökonomen in Bezug auf ihr Fairnessempfinden somit anders sind als andere Menschen, so ist daran nicht (in erster Linie) die ökonomische Bildung schuld, sondern ein ausgeprägter Selektionseffekt: Wer das Preissystem für fair hält, macht eher die Ökonomie zu einem Studienfach als Personen mit anderen Gerechtigkeitsvorstellungen; in der Folgezeit verändern sich diese Vorstellungen im Zuge der Konfrontation mit der ökonomischen Rational-Choice-Theorie nicht sehr wesentlich.“

(S. 152) Wenn demnach ein eigenes Schulfach für ökonomische Sachverhalte dort eingeführt würde, wo es dies noch nicht gibt, so wäre nach diesem Befund wohl auch nicht davon auszugehen, dass dies schädliche Auswirkungen hätte, wie bisweilen vermutet wird. Vielmehr wäre stattdessen zu erwarten, dass „der empirisch ermittelte katastrophale Zustand des Schülerwissens über ökonomische Sachverhalte“ (S. 141) endlich auf diese Weise zumindest gemildert werden könnte. (Naturgemäß sind aber zusätzlich auch die Opportunitätskosten zu berücksichtigen, wenn sich das Zeitbudget für andere Fächer entsprechend vermindert).

Klaus Macha und *Michael Schuhen* (beide Universität Siegen) stellen schließlich die Ergebnisse empirischer Untersuchungen über die wirtschaftlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern vor. Sie finden im Rahmen einer Pilotstudie unter anderem, dass mathematische Fähigkeit die ökonomische Kompetenz insgesamt beeinflusst. Basis für das empirische Ergebnis ist ein eigens hierfür entwickeltes Modell, welches die Befähigung von Schülerinnen und Schülern misst, mit alltäglichen Aufgaben im ökonomischen Bereich umzugehen („Siegener Kompetenzmodell“). „Ein Erklärungsansatz für diesen Befund ist, dass selbst in ökonomisch ge-

prägten Alltagssituationen mathematische Fähigkeiten gefordert sind.“ (S. 136) Der Ansatz soll dazu dienen, die bis vor Kurzem weitgehend fehlende Kompetenzforschung außerhalb der Domänen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften angemessen um ökonomische Kompetenzen zu erweitern, da bisher in der Regel allenfalls finanzielle Allgemeinbildung erfasst wurde.

Bei den Beiträgen, die sich mit konzeptionellen Fragestellungen zu Sozialer Marktwirtschaft und mit der Rolle der Bildung in der Wirtschaftsordnung beschäftigen, startet zunächst einer der Herausgeber. *Michael Wohlgemuth* stellt die These auf, dass Ordnungspolitik verstanden als eine auf klassisch-liberalen Rechtsgrundsätzen basierende Politik zur Herstellung und Garantie einer „menschenwürdigen und funktionsfähigen“ (Walter Eucken) Ordnung der Wirtschaft bzw. Marktwirtschaft vielen Europäern ein Fremdwort geblieben sei. Sein Urteil: „Während der gemeinsame Markt politisch und ökonomisch beinahe uneingeschränkt als Erfolg gewertet werden kann, hat sich die gemeinsame Währung inzwischen als tragischer Irrtum herausgestellt. Beides lässt sich ökonomisch und ordnungspolitisch zeigen.“ (S. 4) Dies wird dann auch im nachfolgenden Beitrag gekonnt und insbesondere mit

ausführlichem Verweis auf Wilhelm Röpkes kritische Position zu einer „falschen Integration Europas“ (Wohlgemuth) getan. Der vom Verfasser vorgeschlagene Ausweg aus den derzeitigen Problemen ist aus seiner Perspektive daher offensichtlich und läuft der vor allem in der Politik häufig gehörten Forderung nach „mehr Europa“ wohl diametral entgegen. Es wäre jetzt, so Wohlgemuth, „der völlig falsche Weg, bei Kommission oder in Ministerräten eine europäische ‚Wirtschaftsregierung‘ zu etablieren. (...) Im Bereich der Fiskal- und Geldpolitik hat sich Selbstbindung durch Verträge (Stabilitätspakt) und Delegation (EZB) aber als unzureichend und schließlich auch unglaubwürdig herausgestellt. Die entstandene Vertrauenskrise kann nicht durch weitere Vergemeinschaftung von Politiken aufgelöst werden, sondern nur durch verschärfte glaubhafte Selbstbindung an ordnungspolitische Prinzipien“ (S. 11).

Ebenfalls auf eine supranationale Thematik bezieht sich der Aufsatz von *Carsten Hefeker* (Universität Siegen), der die wichtige und interessante Frage nach Sinn und Praktikabilität von internationaler Kooperation vor dem Hintergrund vor allem der seit 2007/2008 andauernden großen Finanzkrise und auch der schwierigen Zusammenarbeit beim Welthandel – Stichwort

Doha-Handelsrunde – sowie in der internationalen Klimapolitik aufgreift. Sein genereller Tenor ist, dass es für die internationale Gemeinschaft der Staaten sehr schwer sei, gemeinsame Regeln zu finden. So seien die Erfahrungen mit der G-20, die im Zuge der Finanzkrise als Nachfolger und Ergänzung der G-8-Staaten geschaffen wurde und neben den großen Industrieländern ebenfalls die wichtigsten Schwellenländer als maßgebliche Akteure der globalen „Governance“ umfasst (siehe www.g20.org), bereits nach kurzer Zeit ernüchternd. Der Beitrag zeigt sehr fundiert auf, wovon internationale Kooperation abhängt und wieso sie sich als sehr schwierig erweist, sodass die Schlussfolgerungen des Autors nicht verwundern: Seiner Ansicht nach wird eine zu geringe Legitimität, ein zu umfangreiches und ambitioniertes Programm bei gleichzeitig zu verschiedenen Zielvorstellungen in vielen Bereichen dazu führen, „dass die G-20 kaum auf Dauer erfolgreich sein werden“ (S. 23). Kooperation scheint „nur fallweise und in eng abgegrenzten Politikbereichen auf Dauer möglich“ (S. 23).

Helmut Woll (Universitäten Siegen und Oldenburg) beleuchtet Vorschläge von volkswirtschaftlichen Quereinsteigern: das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens des dm-Gründers Götz Werner

und den Vorschlag des Philosophen Peter Sloterdijk, Zwangssteuern abzuschaffen: „Jeder Bürger solle befragt werden, wie viele Steuern er freiwillig für das Gemeinwesen zu zahlen bereit ist.“ (S. 32) Beiden Vorschlägen erteilt Woll wegen mangelnder Durchführbarkeit und Finanzierbarkeit eine klare Absage, die er argumentativ knapp, aber überzeugend unterfüttert. Statt utopischen Vorschlägen, die auf Basis des dem Konzept Sozialer Marktwirtschaft zugrunde liegenden Menschenbilds einen völlig unrealistischen „Bewusstseinssprung“ voraussetzen, solle vielmehr den Kernelementen des ursprünglichen Konzepts, die im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren hätten (etwa das Haftungsprinzip), wieder eine größere Bedeutung eingeräumt werden.

Andreas Liening (Technische Universität Dortmund) befasst sich in seinem Beitrag mit Synergetik, einer Theorie der Selbstorganisation ohne globales Stabilitätskriterium, und deren Bedeutung in den Wirtschaftswissenschaften. Alles in allem sei diese Theorie geeignet, „um selbstorganisierende Systeme und damit gerade auch ökonomische Systeme, die auf freien, marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhen, gewinnbringend zu beschreiben und zu analysieren“ (S. 45). Der Ansatz kann aus Sicht des Autors vor allem den Blick

dafür öffnen, „um die der Marktwirtschaft innewohnenden, sich selbst organisierenden Kräfte der Freiheit, die durch überzogene Staatseingriffe letztendlich zum Schaden aller gemindert werden, gewinnbringend zu nutzen“ (S. 45).

Karen Horn (Stiftung Wert der Freiheit gGmbH) lädt in ihrem Beitrag zu einer historisch-dogmengeschichtlichen Reise ein, in der sie von der Antike bis heute das Spannungsverhältnis zwischen Gewinnstreben und Moral darstellt. Der Bogen reicht von der Antike über das Mittelalter und die Aufklärung bis zur jüngeren Zeit und Gegenwart und bereitet trotz der hohen Sachlichkeit der Darstellung auch großes Lesevergnügen. Denn in aller Knappheit und dennoch Klarheit erfährt man außer den Sichtweisen vor dem Beginn der klassischen Nationalökonomie die unterschiedlichen und heute besonders relevanten Positionen etwa von Adam Smith, Karl Marx, Carl Menger, Joseph Schumpeter, Milton Friedman und Israel Kirzner zum Thema. Doch die Diskussion wird weitergehen und bleibt aus Sicht von Horn ein lehrreicher „Dauerbrenner“: „Die Spannung ist unauflöslich – und von der Auseinandersetzung mit ihr kann man nur profitieren.“

Bodo Gemper (Universität Siegen) ergänzt nicht nur das Plädoyer von Wohlgemuth gegen zu viel bzw. falsche Zentralisierung auf europäischer Ebene, indem er Ludwig Erhards Kritik an der Europäischen Kommission unter Walter Hallstein noch einmal aufgreift. Bereits 1962 wollte Erhard hier nach die Kommission davor bewahren, „in eine Planwirtschaft nach französischem Vorbild zu verfallen“ (S. 66) und schlug dafür als Ziel führend statt eines Planungsprogramms ein Ordnungsprogramm vor. Der Autor befasst sich davor mit der ganz zentralen Frage, die auch den mit dem Buch Geehrten besonders beschäftigt, „ob eine Wirtschaftspolitik mit großen Ermessensspielräumen und zahlreichen Einzeleingriffen nicht mehr Schaden anrichtet als Nutzen stiftet“ (Schlösser 2009, 36). Gemper warnt davor, „sich vorschnell formal auf ‚Regeln‘ zu verlassen oder sich gar in Aktionismus zu flüchten“ (S. 62). Erforderlich sei vielmehr immer, „zunächst die Lage sorgfältig zu analysieren und sich sowohl der Lage-Mittel-Beziehung als auch der Mittel-Ziel-Beziehung zu vergewissern, ehe Entscheidungen gefällt werden“ (S. 61). Zudem müsse der Kompass klar auf das Ziel gerichtet sein, dass in der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft der Staat sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen zu beschränken habe. „Einzig diese klare glaubwürdige

wirtschaftspolitische Position bewahrt uns vor neuem Dirigismus und/oder einen Rückfall in Protektionismus.“ (S. 65)

Bildungspolitische Themen im engeren Sinn mit Bezug zur Sozialen Marktwirtschaft stehen anschließend auf dem Programm. Der Beitrag von *Michael Hofmann*, *Michael Schuhen* und *Susanne Schürkmann* wurde oben bereits kurz erwähnt, da er sich mit Defiziten ökonomischer Schulbücher in Deutschland auseinandersetzt. An dieser Stelle am relevantesten dürfte sein, dass die dort wohl häufig zu findende Darstellung, Soziale Marktwirtschaft sei als freier Markt plus Sozialstaat aufzufassen, unangemessen ist. Insbesondere beruhe das Soziale des Konzepts nicht darauf, die „Ungerechtigkeiten des Marktes“ durch den Sozialstaat auszugleichen. Dem Autorenteam ist voll auf zuzustimmen, wenn sie dies als starke Abweichung vom ordnungspolitischen Ursprung ansehen, der gerade die Idee einer integrativen „funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechts und des Staates“ (Eucken) herausstellt. Angesichts der ausführlich in ihrem Text dargestellten langen Liste der Defizite in Schulbüchern verwundert zudem folgende Schlussfolgerung keineswegs: „Wenn davon ausgegangen wird, dass

Vermittlungsprobleme in Schulbüchern entscheidenden Anteil an Bildern und Einstellungen zur Sozialen Marktwirtschaft haben, liegt die Ursache einer Sinnkrise vielleicht genau dort begründet“ (S. 84).

Dietmar Krafft (Universität Münster) beschreibt die Anfangsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (Vorzeit, Gründungsmotive, Gründungsprozess, Aktionen, Tagungsinhalte und Personalien der Gesellschaft), dessen früherer Vorsitzender der Autor von 1978 bis 1991 war. Schlösser hatte ebenfalls von 1999 bis 2003 den Vorsitz bei der DeGÖB inne. Stetes Bemühen sei es im ersten Jahrzehnt vor allem gewesen, so Krafft, „die verkrustete Bildungsbürokratie aufzubrechen“ (S. 98) und vorhandene Innovationshemmungen abzubauen. Als weiterer Hintergrund sei hier noch angemerkt: Die Berufsvereinigung der deutschen Wirtschaftsdidaktiker DeGÖB hat allgemein das Ziel, möglichst gut die Fähigkeiten bei Lernenden zu entwickeln, „ökonomische Systemzusammenhänge erklären und Rahmenbedingungen der Wirtschaft verstehen und mitgestalten zu können“ (Vorwort, S VII).

Im Aufsatz von *Bernd Remmele* (Hochschule Lahr) wird die Frage aufgeworfen, welche und wie viel ökonomische Bildung

man eigentlich für die Soziale Marktwirtschaft braucht. Der spannende Ausgangspunkt ist die These, dass die „Ökonomie heute eine vergleichbar gesellschaftsprägende und entsprechend legitimierende Stellung im öffentlichen Diskurs“ einnehme „wie früher die Religion“ (S. 103). Im Anschluss an eine eher formale Analyse der relativen Ähnlichkeit von Religion und Ökonomie geht es inhaltlich um die folgende Frage: „Was muss, warum soll, was kann ich wissen?“ (S. 103) Breite Zustimmung unter den Fachleuten dürfte sicherlich der Kommentar am Ende des Beitrags finden: „Dort, wo man die Bedingungen nicht durchschaut, bleibt Autonomie eine Farce. Freiheit und Ordnung bleiben aufeinander verwiesen, und Bildung vermittelt hier in mehrfacher Weise.“ (S. 110)

Ilona Ebberts (Universität Flensburg) geht von dem insbesondere seit den 1990er Jahren aufgegriffenen Problem aus, dass in der Bundesrepublik vergleichsweise wenig Bereitschaft besteht, sich als Unternehmerin oder als Unternehmer zu betätigen. Konstatiert wird eine mangelnde Kultur unternehmerischer Selbstständigkeit, die keineswegs dem Ideal der ursprünglichen Sozialen Marktwirtschaft entspricht. Von dem Befund eines häufig negativ konnotierten Unternehmerbildes

ausgehend, informiert der Beitrag über Stand und Entwicklung der Entrepreneurship Education aus wissenschaftsinterdisziplinärer Sicht und die Etablierung dieser Ausbildung an allgemeinbildenden Schulen. Hierdurch könne die bisher geringe thematische Bedeutung im Unterricht an Schulen erhöht werden und somit auch das Interesse an einer unternehmerischen Selbstständigkeit sich erhöhen. Die Autorin stellt auf diesem Gebiet eindeutig Nachholbedarf fest und spricht sich folglich für eine stärkere systematische Verbreitung des Themas unternehmerischer Selbstständigkeit in Schulen aus.

Als abschließendes Fazit bleibt festzuhalten: Der Band ist eine Bereicherung der wichtigen Debatte zur Bedeutung vor allem auch der adäquaten ökonomischen Bildung für eine nachhaltig erfolgreiche marktwirtschaftliche Ordnung, über den sich nicht nur der „klassische Liberale“ Hans Jürgen Schlösser (Horn, S. 50) sehr freuen darf. Er zeigt angesichts noch vorhandener Defizite nicht nur Chancen für

den künftigen Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft durch eine Verbesserung der ökonomischen Kompetenzen (keineswegs nur) von Schülerinnen und Schülern auf, sondern gibt auch theoretisch und empirisch gestützte praxisrelevante Ratschläge. Trotz oder gerade wegen der verschiedenen gewählten Blickwinkel, die sich gut ergänzen, sind nicht nur die einzelnen Beiträge, sondern das Buch insgesamt eine sehr empfehlenswerte Lektüre besonders auch für Dozentinnen und Dozenten an Hochschulen. Das Werk ist im inhaltlichen Textteil sehr sorgfältig editiert worden, wofür den Herausgebern und den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Verlag zu danken ist. Eine kleine Kritik sei abschließend aber noch erlaubt: Hilfreich wären ein Register am Ende des Buches und etwas umfangreichere Angaben zu Verfasserinnen und Verfassern gewesen. Denn dies hätte den hoffentlich vielen Leserinnen und Lesern, die das Buch verdient hat, die Orientierung noch erleichtert.

*Schuhen, M./Wohlgemuth, M./Müller, C. (Hg.) (2012):
Ökonomische Bildung und Wirtschaftsordnung, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Bd. 96, Stuttgart: Lucius & Lucius, 297 + VIII S., 42,00 €*

Literatur

- Funk, L. (2013a): Von Deutschland lernen – ja, aber anders, in: Finanz und Wirtschaft, Nr. 29 vom 13.4.2013, 2.
- Funk, L. (2013b): Textbook more up to date in Europe, Letter in Financial Times vom 4./5. Mai, 8.
- Funk, L./Pagel, S. (2012): E-Books und E-Supplements zu Lehrbüchern – Digitalisierung von Produkten und Wertschöpfung in wirtschaftswissenschaftlichen Fachverlagen, in: Kolo, C./Döbler, T./Rademacher, L. (Hg.): Wertschöpfung durch Medien im Wandel, Baden-Baden, 225-241.
- Grossekettler, H./Hadamatzky, A./Lorenz, C. (2008): Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Konstanz.
- Heinemann, F./Henninghausen, T./Schröder, C. (2012): Der Weg zu einer „Agenda 2030“ – Reformen zwischen objektiver Notwendigkeit und individueller Verweigerung, hg. von der Stiftung Familienunternehmen, München.
- Hüther, M. (2013): Wir leben von der Substanz, in: Handelsblatt vom 16.9.2013, 48.
- Kolb, G. (2012): Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wissenschafts- und ordnungstheoretische Grundlagen, 2. Aufl., München.
- Leschke, M. (2011): Ökonomik der Entwicklung, Bayreuth.
- Mankiw, N./ Taylor, G./Taylor, M. P. (2012): Makroökonomik, 5. Aufl., Stuttgart.
- Piekenbrok, D. (2008): Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Mikroökonomie, Heidelberg.
- Schlösser, H. J. (2009): Durchführung der Wirtschaftspolitik, in: Ders.: Staat und Wirtschaft, Informationen zur politischen Bildung, Heft 294, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 34-38.